

UNZ Redaktion

- per Mail -

Erfurt, den 28.03.2007

„Verschwimmt“ das kommunalpolitische Profil der Linkspartei in Thüringen?

Die starke kommunale Verankerung der Linkspartei in Thüringen war bisher eine Voraussetzung für ihre erfolgreiche Politik und Entwicklung.

In den letzten Jahren hat der Landesverband unter breiter Einbeziehung der Öffentlichkeit ein zukunftsweisendes kommunalpolitisches Konzept entwickelt, das sich auch in den kommunalpolitischen Leitlinien der Bundespartei widerspiegelt, die vor zwei Jahren in Dresden beschlossen wurden. In Thüringen findet kaum ein Landesparteitag ohne kommunalpolitische Orientierung statt.

Trotzdem gibt es in jüngster Zeit massive Vorwürfe einiger Kommunalpolitiker, die anmahnen, dass kommunalpolitische Profil der Linkspartei Thüringen würde nicht mehr erkennbar sein, insbesondere deshalb, weil sich die Landespolitik nur noch auf einzelne Bereiche konzentrierte. Mit Verweis auf den Anspruch, Bürgerinteressen zu vertreten, würden einige Landespolitiker sogar Politik gegen eigene Kommunalpolitiker, die in Verantwortung stehen, machen.

Diese Vorwürfe sind heftig und müssen deshalb ernst genommen werden. Wer sich jedoch die Beschlüsse der Landespartei, das kommunalpolitische Wirken der Landtagsfraktion und der vielen KommunalpolitikerInnen vor Ort genauer ansieht, wird Zweifel an der Berechtigung der geäußerten Kritik bekommen. Wer behauptet, die Thüringer Linkspartei hätte kein kommunalpolitisches Profil mehr und würde gegen eigene Kommunalpolitiker Politik machen, will offenbar eine andere politische Ausrichtung der Partei. Es werden unüberwindbare Widersprüche eröffnet, die mit den Realitäten nur wenig zu tun haben. Der Landesverband wird in Visionäre (im Regelfall Landespolitiker) und Pragmatiker (selbstdefinierte Kommunalpolitiker in Verantwortung), die sich angeblich unversöhnlich gegenüberstehen, gespalten. Wer so agiert, schwächt bewusst oder unbewusst den Landesverband.

Es ist überhaupt nicht widersprüchlich, wenn Landes- und Kommunalpolitiker auf einzelne Probleme eine unterschiedliche Sicht haben. Auf solche unterschiedliche Sichtweisen zu verweisen ist so lange hilfreich, wie es um gemeinsame Lösungsfindungen und Verständigungen geht. Alles andere führt zur Blockade.

So wie Kommunalpolitiker zu Recht Hinweise, Anregungen und Kritik in Richtung Landespolitik geben, so muss auch möglich sein, dass sich die Landespolitik zum kommunalen Handeln positioniert. Dies als unberechtigte Einmischung von Leuten zu bewerten, die verantwortungslos und ohne Sachkenntnisse handeln oder dies als Diktat zu bezeichnen, hat nichts mit einer demokratischen Streitkultur zu tun.

Das Agieren der Linkspartei auf kommunaler Ebene ist sehr differenziert, so wie dies für die Kommunalpolitik insgesamt gilt. Hier eine Gleichschaltung zu fordern, und dies auch noch unter

Anerkennung der gegenwärtigen Rahmenbedingungen, führt für die Linkspartei zur Politikunfähigkeit. Die Linkspartei steht für die gesellschaftliche Veränderung von unten, u.a. durch eine stärkere Stellung der Kommunen im föderalen System. Wer meint, die Kommunen sind nur noch Verwaltungsebene ohne eigene Gestaltungsspielräume, stellt das bisherige Konzept der Linkspartei in Frage. Dies ist zulässig, sollte aber beim Namen benannt werden.

Bürgermeister müssen im besonderen Maße gesetzliche Vorgaben beachten. Sie sind aber nicht verpflichtet, gesetzliche Vorgaben, die sich gegen die Bürger und Kommunen richten, auch noch zu verteidigen und rechtfertigen. So wie Kommunalpolitiker anderer Parteien können auch linke Kommunalpolitiker Kritik üben, wo sie angebracht ist.

Die Linkspartei muss bei ihrem Grundsatz bleiben, dass sie Politik für und mit den Bürgern macht. Anderenfalls ist das Konzept „Bürgerkommune“ nur noch eine leere Worthülse. Wenn die Linkspartei weiterhin für eine solidarische Gesellschaft eintritt, muss die Polarisierung zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen, wie z.B. Grundstückseigentümern und Mietern, ausgeschlossen und stattdessen der Interessensausgleich angestrebt werden.

Auf dem Weg zur neuen Linkspartei gibt es keine überzeugenden Gründe, das bisherige kommunalpolitische Konzept in Frage zu stellen. Dies schließt ständige Fortschreibungen in Einzelbereichen ein.

Frank Kuschel